

Kerosinablass über der Eifel - Viele Antworten, keine Aufklärung



Alles Gute kommt von oben? Flugzeuge lassen jährlich Tonnen von Kerosin über Rheinland-Pfalz ab. Auch in der Eifel gab es einen Vorfall. FOTO: Julian Stratenschulte

Bitburg-Prüm . Ein Flugzeug hat vergangenes Jahr 2,7 Tonnen Kerosin über der Eifel abgelassen. Gegen solche Vorfälle hat sich der Kreistag mit einer Resolution gewehrt. Inzwischen haben Politiker geantwortet. Vieles bleibt aber weiterhin unklar. [Von Christian Altmayer](#)

Eine Boeing rauscht am 6. Oktober 2018 durch den Eifel-Himmel. Acht Stunden ist das Flugzeug in der Luft, seit es in der Dominikanischen Republik abgehoben ist. Keine halbe Stunde soll bis zur Landung in Frankfurt vergehen. Dann passiert, was der Pilot später als „medizinischen Notfall“ bezeichnen wird. Einer der Passagiere braucht einen Arzt. Dringend. Also muss der Flieger notlanden. Um das Gewicht der Maschine zu reduzieren, wird Treibstoff abgelassen. Das meiste Kerosin geht über Frankreich und Belgien runter. Aber rund 2,7 Tonnen werden auch über den Köpfen der Eifeler entleert.

Wo genau, – ob im Landkreis Vulkaneifel oder im Eifelkreis – lässt sich nicht rekonstruieren. Eine Sprecherin der Deutschen Luftsicherung redet vom „äußersten Westen von Rheinland-Pfalz“. Klar ist aber: Ein Einzelfall war das nicht, auch nicht hier, „im äußersten Westen von Rheinland-Pfalz“. Jährlich lassen Piloten Hunderte Tonnen Kerosin ab, um das Gewicht ihrer Maschinen vor Notlandungen zu verringern. 2018 listet das Luftfahrtbundesamt 24 Treibstoffablässe über Deutschland auf. Neunmal war Rheinland-Pfalz betroffen, meist die Pfalz. Aber auch im Hunsrück, etwa zehn Kilometer westlich des Flughafens Hahn, entleerte ein Pilot den Tank.

Einen Überblick haben Bürger erst seit September 2018. Auf Druck der Öffentlichkeit und von kommunaler Seite hatte der Bund die Daten auf der Homepage des Luftfahrtbundesamtes zur Verfügung gestellt. Druck gemacht hat auch der Kreistag des

Eifelkreises. Mitte September 2018 erließ das Gremium eine Resolution (der TV berichtete). Auf Antrag der „Freien Wähler-Gemeinschaft“ forderte der Kreis, Vorfälle zu veröffentlichen und zu überprüfen. In den vergangenen Wochen schlug der Text Wellen. Politiker wie der Landeswirtschaftsminister Volker Wissing, die Landesumweltministerin Ulrike Höfken und der rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete Nico Steinbach versprachen, sich für das Anliegen der Eifeler stark zu machen. „Jeder Vorfall ist einer zu viel. Ich sehe erheblichen Aufklärungsbedarf“, schreibt Wissing etwa.

Immerhin: Die Daten über Kerosinablässe werden mittlerweile, wie von Landespolitikern gefordert, bereits 24 Stunden nach den Vorfällen veröffentlicht. Außerdem müssen Piloten künftig Rechenschaft darüber ablegen, wann sie ihren Tank entleert haben. Wer der Meldepflicht nicht nachkommt, begeht eine Ordnungswidrigkeit. Auf diese Erfolge verweist der Arzfelder Bundestagsabgeordnete Patrick Schnieder in seiner Antwort auf die Resolution.

Vieles bleibt aber weiterhin ungeklärt. So gibt es bis heute keine wissenschaftliche Studie über mögliche Gefahren des Spritablasses für die Umwelt und die Gesundheit der Bürger. Bislang galten sie für den Bund als unbedenklich. Das Kerosin werde verwirbelt, hieß es, kaum etwas komme am Boden an. Ein Gutachten des Umweltbundesamtes, das diese Frage bis November 2018 klären sollte, konnte bislang nicht vorgelegt werden. Laut der Behörde soll es erst im Mai soweit sein.

In der Resolution des Kreises wurde weiterhin gefordert, dass jeder Kerosinablass auf Notwendigkeit hin überprüft werden soll. Doch auch dafür gibt es erstmal eine Absage vom Bund. Eine Untersuchung der Vorfälle sehe die Abteilung Luftfahrt des Verkehrsministeriums „kritisch“, antwortet Leiter Johann Friedrich Colzman auf die Resolution: „Die Entscheidung kann nur vom Luftfahrzeugführer getroffen werden.“

- Kommentar



Zu viele offene Fragen

Die Resolution des Kreistages und anderer Kommunen hat Fortschritte erwirkt. Kerosinablässe werden inzwischen zügig veröffentlicht. Piloten, die Vorfälle nicht melden, können belangt werden.

Wichtiger wäre es aber, dass mögliche Belastungen für Grund, Wasser und die Gesundheit der Bürger beleuchtet werden. Es ist unverständlich, warum sich der Bund für diese Studie so lange Zeit nimmt. Echte Transparenz gibt es ohne die Ergebnisse nicht. Denn was nützt es zu wissen, wann Sprit abgelassen wurde, wenn man nicht weiß, was er mit Land und Leuten anstellt?

c.altmayer@volksfreund.de